

## Kritik der Sozialwissenschaft und verkannte Politika

Als hätte die letzte Ausgabe anlässlich seines Jubiläums das Motto des *Leviathan* ins Gedächtnis gerufen, scheint die »Idee sozialwissenschaftlicher Aufklärung und Kritik«<sup>1</sup> die Beiträge dieses Hefts zu durchziehen. Aufklärung kann die kritische Reflexion der Grundlagen des eigenen Denkens bedeuten, so wie die Beiträge im ersten Teil dieses Hefts Kritiken an den Grundlagen sozialwissenschaftlicher Theorie und Praxis formulieren; sie kann auch die Bewusstwerdung der eigenen Handlungsmöglichkeiten sein, auf Vorgegebenes, das sich als Politikum und Gegenstand demokratischer Debatte und Veränderung herausstellt, was in den Beiträgen im zweiten Teil thematisiert wird.

»Relational, operativ, mehrwertig und anti-essentialistisch« – das sind allgemein bekannte Stichworte, ja Gemeinplätze oder »Qualitätsmerkmale« für das, »was heute als fortschrittliche Form von Theoriebildung gilt«,<sup>2</sup> so *Jenni Brichzin* und *Felix Kronau*. Sie greifen besonders das letzte Stichwort der Reihe auf: Seit 30 Jahren wiege kein Vorwurf gegen Theorie schwerer als der Vorwurf, essentialistisch zu sein. Als »Vorreiterin« der geschichtlichen Entwicklung hin zu einem solchen *common ground* sozialwissenschaftlicher Forschung rekonstruieren sie die Essentialismus-Konstruktivismus-Kontroverse, deren wissenschafts- und theoriegeschichtliche Bedeutung bisher völlig unterschätzt sei. Diese Kontroverse des theoretischen Feminismus seit den 1980er Jahren habe – weit über den feministischen Diskurs hinaus – als dritter großer Methodenstreit ihre Folgen in den Sozialwissenschaften gezeitigt. Als Inbegriff des in der Folge als essentialistisch problematisierten Denkens hätten Ökofeminismen gegolten – die nun allerdings seit einiger Zeit eine Renaissance erlebten. Der sich aufdrängenden Frage, wie es zur Rückkehr einer vormals verworfenen Theorierichtung kommt, gehen unsere Autor:innen durch einen Vergleich von Donna Haraway und Maria Mies nach und zeigen nicht nur, dass es einerseits zwischen den Theorien dieser beiden Denkerinnen durchaus Berührungspunkte gibt und andererseits auch ihre Unterschiede nicht eindeutig entlang der beiden Pole der Debatte verlaufen. Entgegen der verbreiteten Vorgehensweise, aus der ökofeministischen Renaissance für das weiterhin anti-essentialistische Theo-

1 *Leviathan. Über die Zeitschrift*. [www.nomos.de/zeitschriften/leviathan/](http://www.nomos.de/zeitschriften/leviathan/) (Zugriff vom 28.05.2024).

2 Brichzin und Kronau in diesem Heft.

rieprojekt Inspiration zu ziehen, sehen Brichzin und Kronau darüber hinaus den Grund für die neue Konjunktur ökofeministischer Ansätze und ihre Produktivität gerade in ihren als essentialistisch verworfenen Momenten: in der theoretischen Nähe zum Begriff der Totalität, der die Klimakatastrophe ganz anders fassen könne, in einer Bestimmung von Wirklichkeit als wahr oder unwahr, wie sie für die Klimabewegung wichtig sei, und in einem ganz anderen Verhältnis der Theorie zur Praxis und politischen Handlungsfähigkeit.

Eine kritische Reflexion auf die Geschichte der Sozialwissenschaft in ihre Theoriebildung einzubeziehen, das ist auch das Anliegen des Beitrags von *Dieter Neubert* und *Matthew Sabbi*. Sie fragen nach den Konsequenzen einer seit einigen Jahren auch im deutschsprachigen Raum vermehrt diskutierten »Postkolonialen Selbstkritik«<sup>3</sup> der Soziologie in theoretischer Hinsicht und ebenso in Bezug auf die strukturellen Ungleichheiten im Wissenschaftssystem. Im ersten Schritt, die Ausgangslage zu beschreiben, problematisieren auch sie derzeit verbreitete Polarisierungen. So lenke etwa der »berechtigte Verweis auf den europäischen Kolonialismus neben allen wichtigen Argumenten auch von weiteren wichtigen Polarisierungen« ab, wenn der daraus folgende Begriff des Eurozentrismus nicht das durchaus dominante Nordamerika umfasst, aber das mitunter ebenfalls vernachlässigte östliche Europa miteinschließt. Das folglich besser als »Nordatlantikzentrierung« umschriebene Gefälle ist eines dieser sich überlagernden Machtverhältnisse, das Neubert und Sabbi unter dem Begriff der epistemischen Gewalt zu analysieren suchen. Diese Machtverhältnisse schlagen sich nicht nur nieder in den Hürden für wissenschaftliche Kooperationspartner:innen bei der scheinbar banalen Pragmatik von Visa-Beantragung und Wohnungssuche, sie durchziehen auch das Zentrum soziologischer Theorie. Ihnen konsequent zu begegnen fordere daher eine »Provinzialisierung« der Soziologie, also die Reflexion darauf, dass ihre Kategorien am »Sonderfall nordatlantischer Gesellschaften« gebildet seien. Das kann so grundlegende Konzepte betreffen wie das Pro-Kopf-Einkommen oder den Klassen-Begriff. Die Bekämpfung epistemischer Gewalt in der Wissenschaftspraxis wiederum würde etwa bedeuten, strukturellen Ungleichheiten in der Ausstattung, dem Ungleichgewicht in internationalen Kooperationen oder dem Mangel global ausgelegter Denominationen und der daraus folgenden fehlenden Konfrontation »mit der Vielfalt von Gesellschaften außerhalb Europas und Nordamerikas« in der soziologischen Ausbildung zu begegnen. Eine andere sozialwissenschaftliche Theoriebildung und Wissenschaftspraxis reichen freilich nicht zur Lösung dieser Probleme aus. Eine umfassende Antwort darauf

3 Neubert und Sabbi in diesem Heft.

wäre »auch mit der Überwindung globaler gesellschaftlicher und politischer Ungleichheit verbunden, die weit über die Soziologie als Wissenschaft hinausreicht«,<sup>4</sup> wie unsere Autoren betonen.

Solche Veränderbarkeit überhaupt als politische Probleme der Demokratie und unserer Produktionsweise zu erkennen, darum kreisen die Beiträge des zweiten Teils dieser Ausgabe. Zunächst werfen *Evelyn Moser* und *Tim Weber* einen demokratietheoretischen Blick zurück auf die Corona-Pandemie. Sie fokussieren dabei allerdings weder die schon oft und mitunter heftig diskutierte Frage nach dem Status von »Eingriffen in Selbstbestimmungsrechte«,<sup>5</sup> die sich vor allem auf juristische Aspekte konzentriert; noch die mindestens ebenso vehement geführte Debatte um das Verhältnis von Demokratie und Expertise und die Gefahren der Expertokratie, die sich auch schon im *Leviathan* niedergeschlagen hatte.<sup>6</sup> Moser und Weber geht es um einen dritten »Demokratieeffekt der Pandemiepolitik«:<sup>7</sup> um die zunehmende Vormacht der Exekutive, die »zur Hauptadressatin für Problemlösungserwartungen« wurde, und ihr »Verhältnis zu den Bürger\*innen, den Regierten«. Anhand der drei Kriterien Lesbarkeit, Verantwortung und Reaktivität von Pierre Rosanvallon analysieren sie die Dilemmata deutscher Pandemiepolitik. So habe sich die Politik etwa zu Beginn der unübersichtlichen pandemischen Lage gezwungen gesehen, ihre Lesekompetenz der Wissenschaft zu entleihen – und damit gleichzeitig sowohl ihre eigentliche Kompetenz des politischen Umgangs in den Hintergrund gerückt als auch die ansonsten in langen Zeiträumen verlaufende wissenschaftliche Forschung mit dem Druck konfrontiert, zu schnellen Handlungsempfehlungen zu kommen. Im Verlauf der Pandemie seien dann Ungeimpfte »als soziale Gruppe sichtbar und adressierbar« gemacht worden, um eine erfolgreiche Impfkampagne zu erreichen. Das habe aber zugleich »Devianz- und Feindkonstruktionen« erzeugt, die den Widerspruch zur Regierungspolitik, den der Status als ungeimpft bedeutete, in der Wahrnehmung beider Seiten zu einem fundamentalen Widerspruch machte. Unsere Autor:innen folgern unter anderem, dass sich die Spannungen zwischen Regierenden und Regierten in einer gesellschaftlichen Ausnahmesituation, ob durch eine Pandemie verursacht oder anders, nicht »durch externe Faktoren – bessere Expertise, vernünfti-

4 Ebd.

5 Moser und Weber in diesem Heft.

6 Zuletzt und im Kontext von Corona etwa Alexander Bogner und Wolfgang Menz 2021. »Zum Verhältnis von Expertise und Politik in der Corona-Krise«, in *Leviathan* 49, 1, S. 111–132; oder Silke Beck und Julian Nardmann 2021. »Wissenschaftliche Rückendeckung für politische Alternativlosigkeit? Kontroversen um Expertisen in der deutschen Corona-Politik«, in *Umstrittene Expertise. Leviathan-Sonderband* 38, hrsg. v. Sebastian M. Büttner und Thomas Laux, S. 187–216. Der Sonderband beschäftigt sich darüber hinaus auch allgemein mit dem Problem.

7 Moser und Weber in diesem Heft.

gere Bürger, weitsichtigere Politiker und Ähnliches« – vermeiden, sondern diese Dilemmata demokratischer Herrschaft sich nur »politisch bearbeiten« lassen.

Eine ganz andere »Bedrohung des demokratischen Souveräns«<sup>8</sup> diskutiert *Christian Postberg*, wenn er in seinem Beitrag unsere gegenwärtige Geldordnung kritisiert. Ausgehend von einer Schilderung ihrer Genese und heutigen Funktionsweise, stellt er eine erstaunliche gesellschaftliche Unkenntnis in Fragen der Geldordnung fest – »eigentlich ein Politikum ersten Grades, das für die meisten Menschen eine größere Bedeutung für das Leben hat als die Steuergesetzgebung oder Tarifverhandlungen, aber sie tauchen im politischen Diskurs nicht auf«. Umso schwerer wiegt es, nimmt man die undemokratische Struktur der scheinbar unpolitischen Mechanismen in den Blick. Mit dem Ende der Edelmetallbindung sei die Geldschöpfung vollständig in die Kontrolle der Nationalstaaten übergegangen und zugleich ein Teil dieses Privilegs an private Geschäftsbanken abgegeben worden. Dieses zweigeteilte Geldschöpfungsprivileg sei ein doppeltes Problem: Weder die Monetisierung von Staatsschulden noch die auf Profit zielende Geldschöpfung durch den privaten Bankensektor seien begrenzt, schon gar nicht durch eine demokratisch getroffene Entscheidung. Und das, obwohl beides für die ganze Gesellschaft zu Problemen führe, von denen das größte nicht die »Rettung waghalsiger Banken mit frischem Geld« sei, sondern Prozesse wie die damit einhergehende »schleichende Entwertung der Arbeitskompensation im Verhältnis zu Vermögenswerten«. Doch es zeichnen sich Reformen ab. So planen viele Zentralbanken die Einführung von Central Bank Digital Currencies (CBDC); auch in Europa sollen die Vorbereitungen dafür bis Oktober 2025 abgeschlossen sein. Mit einem solchen digitalen Euro läge zumindest das »Ausmaß der Nutzung« des Geldschöpfungsprivilegs »zunehmend im Steuerungsrahmen der Zentralbanken« und »in den Händen der Geldnutzenden«. Da die Probleme damit allerdings nicht beseitigt sind, skizziert unser Autor weiterreichende Änderungen. In Abgrenzung zu anderen Ansätzen, die dem Staat oder staatlichen Akteuren eine aktivere Rolle einräumen, wie es etwa die Modern Money Theorie (MMT) vorsehe, warnt er vor den Konsequenzen der »Abhängigkeiten der Bürgerschaft gegenüber ihrem Staat« und schlägt stattdessen vor, das neue Geld gleich und direkt an die Bürger:innen zu verteilen.

Von nicht minder großer gesellschaftlicher Bedeutung und doch ebenfalls unterhalb der Schwelle öffentlicher Wahrnehmung kann das sein, was mitunter als die derzeit herrschende »Subjektivierungsform« bezeichnet wird. Ulrich Bröcklings *Das unternehmerische Selbst*, dessen Untertitel »Soziolo-

8 Postberg in diesem Heft.

gie einer Subjektivierungsform« den Begriff führt, ist als eines der Bücher im Zentrum der »Debatte um eine neoliberale oder postfordistische Subjektivität in den 2000er und 2010er Jahren«<sup>9</sup> einer der Bezugspunkte für *Heiko Stubenrauchs* sozialpsychologische Untersuchung. Er rekonstruiert dabei Marcuses Begriff der repressiven Entsublimierung und aktualisiert ihn für die postfordistische Produktionsweise und »neoliberale Lebensform«: Die kontrollierte Freigabe des Objektgenusses wandle sich in eine kontrollierte Freigabe des Selbstgenusses. Informiert ist diese Aktualisierung durch die bereits angesprochene arbeitssoziologische und gouvernementalitätstheoretische Forschung sowie kulturtheoretische Narzissmustheorien, die unser Autor beide damit zugleich zu erweitern und zu kritisieren beabsichtigt. So erhellt er dabei etwa die arbeitssoziologisch unzureichend erklärbare »Wirkmacht und Persistenz des postfordistischen Regimes« unter Zuhilfenahme triebtheoretischer Annahmen oder widerspricht dem Konservatismus, den er in vielen kulturtheoretischen Narzissmustheorien ausmacht. Er schließt seine Analyse mit einer Skizze dessen, was nicht-repressive Sublimierung bedeuten könnte. Ganz ähnlich, wie die postkoloniale Selbstkritik allerdings auf eine gesellschaftliche Veränderung angewiesen bleibt, stößt auch diese Emanzipation, wie Stubenrauch abschließend festhält, an ihre Grenzen, solange sie auf die subjektive Dimension beschränkt bleibt.

*Hendrik Groß*

9 Stubenrauch in diesem Heft.